

92. Deutscher Bädertag

Kuren in Zeiten der Armut

Mit einem sorgenvollen, wenn auch noch nicht resignativen Fazit ging der 92. Deutsche Bädertag in Bad Reichenhall zu Ende. Während die Bäder-Statistiken von Rückgang, Stagnation oder Kostendruck sprechen, wollen Funktionäre die Herausforderungen durch Gesundheitsreform und Sozialabbau „offensiv annehmen“. Doch kurzfristig wird die Krise der Kur nicht zu überwinden sein.

Als „Bauernopfer im politischen Schachspiel“ fühlen sich Deutschlands Heilbäder und Kurorte. Dem Mann an der Spitze des Deutschen Bäderverbandes (DBV), Dr. Christoph Kirschner, bleibt nicht viel mehr, als die vorherrschende Stimmung seiner Basis in die Metaphorik des königlichen Spiels zu kleiden. Denn unterdessen haben die Schlachtenlenker in Bonn Fakten geschaffen:

Seit Oktober können erholungsbedürftigen Arbeitnehmern pro Kurwoche zwei Tage Urlaub angerechnet werden. Ab Januar steigt die Zuzahlung pro stationärem Kurtag von 12 auf 25 Mark in West- und von 9 auf 20 Mark in Ostdeutschland. Die Regelkurdauer wird auf drei Wochen verkürzt. Der Abstand zwischen zwei Kuren verlängert sich von drei auf mindestens vier Jahre.

Hiobsbotschaften für den deutschen Kurbetrieb – und die Folgen lassen nicht auf sich warten. So war der Bädertag auch Nachrichtenzentrale für Schadensmeldungen. Beispiel Mecklenburg-Vorpommern: Seit der Wende wurden dort 17 Kurkliniken mit 4 000 Betten errichtet oder ausgebaut, dazu 16 Kinder-Kurkliniken mit noch einmal 2 700 Betten. Investitionsvolumen: 1,2 Milliarden Mark für „blühende Landschaften“. „Einschneidende Auswirkungen“ des Bonner Streichkonzerts befürchtet nur der mecklenburgische Bäder-Präsident, Mathias Löttge. Beispiel Bayern: Bereits jetzt sind 1 500 Arbeitskräfte weniger in den bayerischen Heilbädern und Kurorten beschäftigt als 1995. Franz Gnan, Vorsitzender des Bayerischen Heilbäderverbandes, rechnet mit „acht- bis

neuntausend weiteren Streichungen aufgrund der dritten Stufe der Gesundheitsreform“.

In Gesamtdeutschland ist der Rückgang bisher noch leicht, vom DBV allerdings bewertet als „Flaute vor dem Sturm“: 0,7 Prozent weniger Kurgäste und 2,5 Prozent weniger Übernachtungen standen 1995 gegenüber dem Vorjahr zu Buche – die 96er und erst recht die 97er Zahlen, so erwarten Experten, werden wesentlich schlechter aussehen. Vor diesem düsteren Hintergrund suchen Verbandsstrategen und Manager vor Ort verstärkt nach neuen Attraktionen und Verlockun-

Zur neuen Hauptgeschäftsführerin des Deutschen Bäderverbandes (DBV) ist auf dem 92. Deutschen Bädertag Heike Wilms-Kegel gewählt worden. Die 43jährige Ärztin übernimmt das Amt am 15. Mai von Antonius Weber, der aus Altersgründen ausscheidet. Wilms-Kegel gehörte von 1987 bis 1990 dem Deutschen Bundestag an und leitete den Ausschuss für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit. Anschließend arbeitete sie bis 1991 als Direktorin von CARE Deutschland in Moskau. Heute ist sie Abteilungsleiterin für Gesundheitspolitik und Kommunikation bei einem Pharmaunternehmen. OD

gen für ein Publikum, das dafür zunehmend selbst in die Tasche greifen müßte. Die Kompaktkur, die sich als neuer Standard zu etablieren beginnt, soll ausgebaut werden, der „Gesundheitsurlaub“ – wenn auch nicht als Kurersatz – in den Blickpunkt rücken.

Ob da allerdings die Geschäftsidee des mecklenburgischen Sozialministers Heinrich Kuessner (SPD) für Furore sorgen wird, ist offen: Kuessner plädierte vor Verbandsvertretern im Ostseebad Boltenhagen für einen „Wohlfühltourismus“. Daran hätten, weiß der Minister, nämlich 10 Millionen Deutsche Interesse. Oliver Driesen

Sparwelle überrollt Reha-Kliniken

Wenn die gesetzlich festgelegten Sparziele für die Rentenversicherung erreicht werden sollen, müssen in Reha-Kliniken 30 000 Betten abgebaut oder gekündigt werden.

Das sagte der stellvertretende Geschäftsführer des Verbandes Deutscher Rentenversicherungsträger (VDR), Eberhard Schaub, bei einem Presseseminar in Würzburg. Bei durchschnittlich 200 Betten pro Klinik würde dies bedeuten, daß rechnerisch 150 Häuser nicht mehr belegt werden können und von der Schließung bedroht sind. Anders ausgedrückt: In Westdeutschland muß ein Bettenabbau von 40 bis 50 Prozent befürchtet werden.

Grund für diese dramatische Entwicklung sind die Sparbeschlüsse der Bundesregierung: Für Rehabilitations-Leistungen darf die Rentenversicherung nicht mehr ausgeben als 1993. Selbst dieser drei Jahre alte Ansatz wird noch einmal um 450 Millionen Mark gekürzt. Für das Jahr 1997 stehen also nur noch 7,65 Milliarden Mark für Reha-Maßnahmen zur Verfügung. Gegenüber den Haushaltsansätzen für 1996 bedeutet das immerhin ein Minus von 2,73 Milliarden, so daß der Reha-Bereich schlagartig mit rund einem Viertel weniger Geld auskommen muß.

Der VDR-Funktionär rechnet damit, daß die drastischen Leistungseinschränkungen des Gesetzgebers „bei weitem nicht ausreichen werden“, um das Sparziel zu erreichen. So würden sich in der Praxis beispielsweise nur rund 30 Prozent aller Reha-Maßnahmen, wie beschlossen, von vornherein auf drei Wochen verkürzt lassen. Dies vor allem, weil ohnehin zukünftig nur noch schwerere Fälle genehmigungsfähig sein würden. OD



Sparmaßnahmen gefährden Arbeitsplätze.

Foto: Frank Niepötter, Minden